



HERBERT J. SCHEIDT
Der Vontobel-CEO über das
Geld aus den Golfstaaten
SEITE 48

DEBAKEL
Neuer Ärger für
die Post im Ausland
SEITE 49

Konrad Hummler Seite 48

Wegen des verhafteten
Bankers müsse der
Bundesrat handeln

Economiesuisse Seite 53

Der IT-Standort Schweiz
sei gefährdet

Pensionskassen Seite 54

Neue PK-Gesetze würden
teuer für die Versicherten

47

120 Firmen sind gegen Dachverband

Konzerne widersprechen
Economiesuisse

ZÜRICH Migros, SBB, Roche, Swisscom und weitere 116 Firmen setzen sich in einem Brief an den Ständerat für «ein CO₂-Gesetz mit Biss» ein. Angeschlossen haben sich auch Allianz Suisse sowie die Banken Sarasin und Vontobel. In ihrem schriftlichen Appell, welcher der SonntagsZeitung vorliegt, fordern die Unternehmen, dass mit Massnahmen im Inland der CO₂-Ausstoss bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gesenkt wird. Am 7. März debattiert die kleine Kammer darüber.

Damit setzen sich die Firmen vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse ab, der für ein bescheidenes Inlandziel von 10 Prozent kämpft. Auch der Nationalrat hatte ihm die Gefolgschaft verweigert. Der junge Verband Swis cleantech wertet dies als Sieg und hat nun das Patronat der «Firmen für ein griffiges CO₂-Gesetz» übernommen.

Swis cleantech wolle Subventionen für seine Klientel

Von den 120 Firmen, die den Brief unterzeichnet haben, sind gerade grosse Konzerne nicht beziehungsweise noch nicht Mitglied von Swis cleantech, sondern Economiesuisse angeschlossen. Das heisst: Einer Roche oder PricewaterhouseCoopers ist Economiesuisse klimapolitisch zu zaghaft. Für zusätzliche Spannung in den eigenen Reihen sorgt bei Economiesuisse der Umstand, dass zwar einige abweichende Firmen der verbandseigenen Arbeitsgruppe Cleantech angeschlossen sind, intern aber nicht kommuniziert haben, dass sie sich dem Aufruf angeschlossen haben.

Dominique Reber, Geschäftsleitungsmitglied von Economiesuisse, kontert: «Eine 20-Prozent-Reduktion im Inland liesse sich nur über Subventionen und Abgaben erreichen.» Die Forderung werde denn auch vom Beraterverband Swis cleantech erhoben, der sich für Subventionen an seine Klientel starkmache.

«Ehrgeizige und verlässliche Rahmenbedingungen fördern langfristiges Denken und geben Sicherheit für nachhaltige Investitionen», heisst es im Brief, der am Mittwoch an den Ständerat abgeschickt wurde. «Wir unterstützen deshalb die Variante mit einem ambitionierten Inlandziel von 20 Prozent (...) und der nötigen Flexibilität, im Einklang mit den internationalen Entwicklungen kostengünstige Massnahmen im Ausland zu nutzen.» Laut Swis cleantech-Präsident Nick Beglinger unterstützen insgesamt 200 Firmen ein Inlandziel von 20 Prozent.

VICTOR WEBER

CS sucht Deal mit US-Justiz

Credit-Suisse-Anwälte in Washington
verhandeln wegen Bereinigung der Schwarzgeld-Sünden

VON LUKAS HÄSSIG

ZÜRICH Strafanklagen gegen drei frühere und einen aktuellen Mitarbeiter sowie ein verhafteter Manager: Offiziell klammert sich die Grossbank Credit Suisse an die mit den USA abgesprochene Sprachregelung. «Wir kooperieren mit den Behörden und halten fest, dass die Bank nicht angeklagt und auch kein Ziel dieser Untersuchung ist», gibt CS-Sprecher Andres Luther diese wieder.

Was nach Gelassenheit klingen soll, stellt sich bei einem Blick hinter die Kulissen als fiebrige Nervosität heraus. Hinter den Kulissen steht die Grossbank mit den US-Behörden in direkten Verhandlungen, wie ein CS-Manager bestätigt. Die Gespräche werden von CS-Anwälten, die in Washington stationiert sind, und den Spitzen des Rechtsdiensts in der Zürcher Zentrale geführt. Auf der Gegenseite sitzen Beamte des US-Justizministeriums – des Department of Justice (DoJ) – und der Steuerbehörde IRS.

Laut der Quelle hat die Bank vor einiger Zeit eine US-Anwaltskanzlei für mögliche Verhandlungen angeheuert. Im Zentrum der Unterredungen steht eine Entschädigung der USA wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung durch CS-Mitarbeiter.

CS-Repräsentanz hat offenbar systematisch US-Recht verletzt

Ob sich die USA mit einer Busse zufriedenstellen lassen oder ob Kundendaten geliefert werden müssen, ist unklar. Sollte Letzteres der Fall sein, könnte ein zweiter Staatsvertrag wie bei der UBS auf den Tisch kommen. Im UBS-Vertrag ist das Szenario einer Ausweitung explizit erwähnt.

Die jahrelange CS-Praxis im US-Offshore-Geschäft macht jedenfalls eine weitere Eskalation möglich. Diese Praxis legt nahe, dass die Schuld nicht allein auf fehlbare CS-Mitarbeiter geschoben werden kann.

Die 1997 gegründete CS-Repräsentanz in New York zur Betreuung von US-Kunden, die Gelder in der Schweiz und anderen Offshore-Paradiesen anlegen wollten, hat offenbar systematisch gegen US-Gesetze verstossen. Dies geht zumindest aus der US-Anklage gegen die vier CS-Mitarbeiter hervor.

Das Büro logierte damals in einer CS-Tochterfirma an 100 Wall Street im Süden Manhattans. In der Anklage wird ein CS-Mitarbeiter zitiert, wonach «mög-



100 Wall Street: An dieser Adresse befand sich 1997 die US-Repräsentanz der CS FOTO: JOHN W. CAHILL/EMPORIS



MEINUNG
GUIDO SCHÄTTI

Der Musterschüler wurde beim Schummeln ertappt

Abschied vom Finanzcasino, härtere Eigenkapitalauflagen, strengere Boni-Regeln: Was auch immer die Aufsichtsbehörden fordern, die Credit Suisse spürt. Das Institut gefällt sich in der Rolle des Musterschülers.

Doch nun wird die Bank von ihrer Vergangenheit eingeholt. Bis zum Aufblitzen des UBS-Steuer-skandals in den USA halfen auch CS-Banker amerikanischen Kunden beim Verstecken von Schwarzgeldern. Das geht aus der Anklageschrift des US-

Justizministeriums hervor. Und was tut die CS? Sie schiebt die Schuld auf fehlerhafte Mitarbeiter ab und führt hinter den Kulissen Ablassverhandlungen. Damit dürfte sie nicht durchkommen. Denn die US-Kläger werden noch viel Lärm veranstalten, um das Maximum herauszupressen. Um nicht zum Spielball der Amerikaner zu werden, bleibt der CS nur die Flucht nach vorn. Konkret: Sie muss zu Fehlern stehen und offensiv eine Lösung suchen. Nur so wird der Musterschüler auch sympathisch.

licherweise unsere Leute in 100 Wall Street weiterhelfen könnten». Ziel war ein Geldtransfer aus der Schweiz in die USA. Die Hilfe der Repräsentanz wurde nötig, um das geheime Schweizer Konto nicht offenzulegen. Roger S., einer der vier Angeklagten, war der Ansprechpartner der US-Kunden mit un versteuerten Geldern in der CS-Repräsentanz.

Gemäss Anklage traf sich S. von 2003 bis 2008 «periodisch» mit einem Kunden in der CS-Repräsentanz, um «die Entwicklung der nicht deklarierten Konti» in der Schweiz zu diskutieren. S. hatte keine Lizenz für Finanzberatungen.

Der ebenfalls angeklagte Emanuel A., der zuvor bei der UBS zum US-Offshore-Team gehörte, traf sich gemäss Anklage im Jahr 2002 mit zwei US-Kunden sowie S. in der CS-Repräsentanz mit dem Ziel, bei der Grossbank ein «nicht deklariertes Konto» zu eröffnen. Einen dieser Kunden traf Emanuel A. zudem in Zürich, um ein Konto «im Namen einer Stiftung in einem Steuerparadies» zu eröffnen.

Das Büro in New York war «keine Akquisitionsmaschine»

Der CS-Repräsentant S., welcher die Bank verlassen hat, wollte keine Stellung nehmen zu den Vorwürfen. Berater Emanuel A. sagte auf Anfrage, das Büro in New York sei «keine Akquisitionsmaschine» gewesen. «Man hat dort Kunden getroffen, aber nichts Verrücktes mit ihnen unternommen.»

Ein Zürcher Banker sagte mit Bezug auf einen CS-Manager, die Zürcher Verantwortlichen hätten über die Aktivitäten ihrer New Yorker Repräsentanz Bescheid gewusst.

Die CS hatte je ein US-Offshore-Team in Zürich und Genf. Die Anklage spricht von 3 Milliarden Dollar un versteuerten Vermögen. Laut Insidern war die CS aber rund halb so gross wie die UBS. Dort verwalteten 50 Berater Vermögen über rund 20 Milliarden Dollar. Die CS nennt keine Zahlen.

Als der UBS-Steuerbetrug im Frühling 2008 publik wurde, schickte die Credit Suisse offiziell un versteuerte US-Kunden zwecks Selbstanzeige zu Anwälten. Nach einem Meeting in Genf mit dem ebenfalls angeklagten CS-Berater Marco P. und einem weiteren CS-Banker empfahl ein hinzugezogener Schweizer Anwalt jedoch gemäss Anklage statt Selbstanzeige eine Struktur, falls der Kunde sein

FORTSETZUNG AUF SEITE 48